

DROHENDE KÜRZUNG DER STÄDTEBAUFÖRDERUNG I

Der Bund kürzt in den Kiezen

Die Städtebauförderung soll 2011 um die Hälfte gekürzt werden. Betroffen wären davon auch Projekte der 34 Quartiersmanagements. Sie protestieren heute dagegen.

VON ALEXANDRA ROJKOV



Soziale Projekte sind bedroht, fürchten die Quartiersmanager. Leiden dürften darunter die schwächsten der Gesellschaft - die Kinder. Foto: AP

Sprachförderung, Jugendarbeit, Gewaltprävention - all das könnte ab 2011 den Sparplänen des Bundes zum Opfer fallen. "Viele Projekte sind gefährdet", sagt Ulrich Lautenschläger, Quartiersmanager aus Neukölln. Hintergrund ist eine Ankündigung von Bundesbauminister Peter Ramsauer (CDU): Er plant, die Städtebauförderung, die auch soziale Projekte umfasst, um 50 Prozent zu kürzen. Die Quartiersbeauftragten demonstrieren dagegen am heutigen Mittwoch vor dem Bundesbauministerium.

Im Juni hatte Ramsauer die Kürzung angekündigt. Berlin bekäme für seine Projekte zur Stadtentwicklung künftig nur noch 15 statt bisher 30 Millionen Euro. Neben dem Programm "Stadtumbau Ost/West" würde die Streichung vor allem den Bereich "Soziale Stadt" betreffen. 1999 als Bund-Länder-Programm gestartet, soll es benachteiligte Stadtviertel in ihrer Entwicklung unterstützen. Die Mittel können für die Verbesserung von Infrastruktur und Wohnbedingungen, aber auch für soziale Projekte genutzt werden. 2010 bekam Berlin für den Bereich "Soziale Stadt" fünf Millionen Euro. Geht es nach Ramsauer, wird es 2011 gut die Hälfte sein.

Besonders auf die Städtebauförderung angewiesen sind die 34 Berliner Quartiersmanagements. Denn die Bundesmittel fließen in einen Fonds, aus dem die Projektarbeit in den Kiezen finanziert wird. In einem "Quartiersrat" entscheiden dann die Anwohner, wofür sie das Geld ausgeben. Das kann Sprachförderung sein oder Jugendarbeit: bis zu 50 Projekte betreut jedes Quartiersmanagement. "Manche kosten nur ein paar hundert Euro", sagt Ulrich Lautenschläger, "aber ohne die ‚Soziale Stadt‘ würden sie nicht laufen."

Wie schwer die Etatkürzungen wiegen würden, zeigt sich beim

Quartiersmanagement Sparrplatz. In dem Problemkiez in Wedding werden derzeit rund 40 Projekte betreut. Sozialarbeiter Axel Illesch müsste seine mobile Arbeit beenden. Seit 2009 kümmert er sich um die Trinkerszene: Männern, die auf dem Platz abhängen, hilft er bei der Jobsuche. Rund 80 Personen habe er 2009 betreut, vielen eine Stelle vermitteln können. "Wenn ich weg bin, fehlt diesen Männern der Bezugspunkt", sagt Illesch.

Auch der Jugendberater Momme Peters müsste sich 2011 eine neue Stelle suchen. Seine Job- und Ausbildungsbörse könnte nach den Kürzungen nicht mehr weitergeführt werden, sagt Peters. Obwohl es die Beratungsstelle am Sparrplatz erst seit einem Jahr gibt, habe er schon 100 Schülern zu einer Aus- oder Weiterbildung verholfen. Das Projekt abzubrechen wäre ein Verlust: "Es hat sich doch gerade erst etabliert", so Peters.

Um solche Kürzungen zu verhindern, gehen Quartiersmanager, aber auch ehrenamtliche Mitarbeiter nun auf die Straße. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) unterstützt sie: "Die Städtebauförderung ist das Rückgrat der sozialen Stadtentwicklung." Sie dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden. Einen kleinen Erfolg haben die Gegner der Kürzungen schon errungen: Am 6. Oktober entschied der Bundestagsausschuss für Stadtentwicklung, die Städtebauförderung "auf hohem Niveau fortzuführen". Hier soll weniger gestrichen werden. Für die Arbeit der Quartiersmanager könnte dies trotzdem das Aus bedeuten: Zugleich fordert der Ausschuss, die "Soziale Stadt" auf "investive Aufgaben", sprich Baumaßnahmen, zu konzentrieren.
